

Arbeiterkammer im KI-Streit: Innovation oder Sozialismus?

Die Arbeiterkammer fordert höhere Steuern auf KI, während neue EU-Vorgaben für Schulungen in Unternehmen seit Februar 2025 gelten.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Diskussion um Künstliche Intelligenz (KI) in Österreich nimmt an Fahrt auf! Die Arbeiterkammer (AK) hat sich mit einer Forderung zu Wort gemeldet, die für viel Aufregung sorgt: Höhere Steuern für Unternehmen, die auf KI setzen. Alexander Surowiec, FW-Kandidat für die Gewerblichen Dienstleister, kritisiert diesen Ansatz scharf und bezeichnet ihn als „blanken Irrsinn“. Er ist der Meinung, dass die AK damit den technologischen Fortschritt im Land bestraft, anstatt ihn zu fördern. „Während weltweit in KI investiert wird, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaft zukunftssicher zu machen, klammert sich die AK an ihre sozialistische Umverteilungsfantasie“, so Surowiec. Der Expertenaustausch beim World Government Summit in Dubai nächste Woche verdeutlicht, dass im Ausland bereits innovative Lösungen entwickelt werden, während die AK in ihren Überzeugungen verharret.

Neue KI-Verordnungen und Schulungsbeschlüsse

Am 2. Februar trat die EU-KI-Verordnung in Kraft, die Unternehmen verpflichtet, ihre Mitarbeiter im Umgang mit KI zu schulen. Diese Veränderung könnte als Schlüssel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in Österreich gesehen werden. Ines Stilling, AK Sozialbereichsleiterin, hebt hervor, wie

wichtig es ist, die Kompetenzen der Beschäftigten zu stärken. „Die Förderung von KI-Kompetenzen ist entscheidend, um Österreichs Unternehmen und Arbeitnehmer:innen für die digitale Zukunft zu rüsten“, erklärt sie. Um die Innovationskraft im Land voranzutreiben, braucht es gezielte Schulungsprogramme und eine Kontrolle der Verordnung durch die künftige Bundesregierung. Nur so können die Chancen, die KI bietet, effektiv genutzt werden.

Die künftige Regierung steht also vor der Herausforderung, klare Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies beinhaltet nicht nur die Unterstützung von Schulungsmaßnahmen, sondern auch die Überwachung der Einhaltung ethischer und sozialer Standards, um den verantwortungsvollen Umgang mit KI-Technologien in Österreich zu gewährleisten. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politischen Rahmenbedingungen entwickeln und ob diese neuen Regeln den erhofften Innovationsschub bringen können, wie **boerse-express.com** berichtet.

Inmitten dieser Entwicklungen ist der Druck auf die AK hoch, zeitgemäße Lösungen zu finden. Der Meinung von Surowiec zufolge könnte es jetzt höchste Zeit sein, dass sich die AK auf echte Lösungen konzentriert, anstatt sich an überholten Idealen festzuhalten. „Der Ball liegt nun bei der künftigen Bundesregierung – sie muss die nötigen Rahmenbedingungen schaffen“, fasst er zusammen.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.boerse-express.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at